

Gisela Notz

Von der Schneiderin zur Bundestagsabgeordneten – Die Gewerkschaftsfunktionärin Liesel Kipp-Kaule

Das gewerkschaftspolitische Engagement von Frauen nach dem Zweiten Weltkrieg ist nur spärlich erforscht.¹ Es wurde nicht nur in der Mainstream-Geschichtsschreibung vernachlässigt, sondern scheint auch erst seit kurzem als Gegenstand der historischen Frauen- und Geschlechterforschung interessant zu sein. Zunächst waren es vor allem die „Trümmerrfrauen“, die in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses rückten. Erst Anfang der 1980er Jahre hat das Interesse an biographiegeschichtlichen Aufarbeitungen des Nationalsozialismus und der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik zugenommen.

Noch später haben sich die Frauen- und Geschlechterforscherinnen unter den Historikerinnen den Gewerkschafterinnen zugewandt. Diese späte „Entdeckung“ mag daraus resultieren, dass sowohl die historische als auch die sozialwissenschaftliche feministische Forschung lange Zeit politische und gewerkschaftliche „Führungsfrauen“ ausgeblendet haben.² Forschungsgegenstand waren eher die bürgerliche Frauenbewegung und sogenannte „autonome“ Frauen und Frauenzusammenhänge. Das führte dann dazu, dass Akteurinnen der „neuen“ Frauenbewegung mitunter glaubten, das Rad neu erfinden zu müssen, indem sie wichtige Epochen der Geschichte nicht zur Kenntnis nahmen.

Ein anderer Grund für die weitgehende Nichtbeachtung der gewerkschaftlichen Frauenbewegung über einen langen Zeitraum hinweg resultiert sicher aus der Tatsache, dass sich gewerkschaftlich organisierte Frauen in die Tradition der Arbeiterbewegung in Kaiserzeit und Weimarer Republik stellten und eine nach Geschlechtern getrennte Gewerkschaftsarbeit vehement ablehnten.³ Die Gewerkschafterinnen sahen die Grenzen der patriarchalen Gesellschaftsnormen, stellten die patriarchale Gesellschaft aber nicht grundsätzlich in Frage. Die meisten lehnten es ab, von „Frauenproblemen“ zu sprechen. Sie wollten Schulter an Schulter mit ihren Kollegen für gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen aber niemals gegen sie.⁴ Liesel Kipp-Kaule ist eine der beinahe vergessenen Gewerkschaftsfunktionärinnen. Und doch hat sie es nach dem Zweiten Weltkrieg „weit gebracht“ im Leben, indem sie von der Arbeitertochter über die eigene, zum Teil unter totaler Entfrem-

1 Karin Derichs-Kunstmann: Gewerkschaftliche Frauenarbeit von 1945 bis heute. Eine Bibliographie, in: Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Beiträge, Informationen, Kommentare (1990), Nr. 9, S. 169–182.

2 Birgit Meyer: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute, Frankfurt am Main/New York 1997.

3 Susanne Knoblich: „Mit Frauenbewegung hat das nichts zu tun“. Gewerkschafterinnen in Niedersachsen 1945–1960, Bonn 1999, S. 9.

4 Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): „Da haben wir uns alle schrecklich geirrt ...“ Die Geschichte der gewerkschaftlichen Frauenarbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund von 1945 bis 1960, Pfaffenweiler 1993.

dung geleistete Lohnarbeit als Schneiderin in die höchsten Gremien von Gewerkschaften und Partei aufgestiegen ist.⁵

Schon mit 22 Jahren trat Liesel Kipp-Kaule der Gewerkschaft Textil und Bekleidung bei. Von 1949 bis 1963 war sie Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes und arbeitete im Referat für Frauen und Jugendfragen. 1949 wurde die energische Bielefelderin auf Vorschlag von Kurt Schumacher als Gewerkschafterin für den I. Deutschen Bundestag vorgeschlagen. 16 Jahre lang arbeitete sie als Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag. Sie setzte sich für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und für die Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen bei der Verabschiedung des Mutterschutzgesetzes ein. Sie war eine kämpferische Frau und hat als „Tochter des Volkes“ ihre proletarische Herkunft nie vergessen. Ihr Lebenslauf focussiert ein Stück gewerkschaftlicher Zeitgeschichte.

„Sie paukte beim Schein der trüben Lampe“⁶ Kindheit, Jugend und erste politische Arbeit (1906–1933)

Liesel Kipp-Kaule wurde am 13. Februar 1906 in Bielefeld geboren. Sie wuchs bei Pflegeeltern auf und konnte sich nicht an ihre eigenen Eltern erinnern. Ihr Pflegevater war Tischler und ihre Pflegemutter Näherin. Sie lebten in Herford, unweit von Bielefeld. Durch die mit dem Weltkrieg verbundenen Hungerjahre und die folgende Not der Nachkriegszeit erlitt sie schwere Entwicklungsschäden, so dass sie außergewöhnlich klein und zart blieb. Liesel Kipp-Kaule besuchte die Volksschule in Herford. Obwohl sie eine gute Schülerin war, konnte sie keine weiterführende Schule besuchen, sondern musste eine Lehre machen, um eigenes Geld verdienen zu können. Wie ihre Pflegemutter erlernte sie das Schneiderinnenhandwerk. Gleichzeitig bildete sie sich durch den Besuch von Abendkursen an der Volkshochschule in Bielefeld weiter. Dort paukte sie sich „beim Schein der trüben Lampe“ nicht nur das Wissen ein, das sie später brauchte, um sich als Betriebsrätin für ihre Kolleginnen einzusetzen, sondern sie erlernte auch Fremdsprachen.

Weil ihre Eltern es wünschten, arbeitete sie nach der dreijährigen Lehrzeit, die 1923 zu Ende ging, als Dienstmädchen. Da sie sehr wenig verdiente, entschloss sie sich nach drei weiteren Jahren Akkordarbeiterin bei den Seidensticker-Werken zu werden. Auf diese Weise erfuhr sie die schweren Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterinnen am eigenen Leibe. Zwischen 1927 und 1940 übte sie verschiedene Tätigkeiten in der Wäsche- und Herrenkleiderbranche aus. 1928 trat sie der Gewerkschaft Textil und Bekleidung bei und wurde noch im gleichen Jahr Betriebsrätin, eine Funktion, die sie vier Jahre lang ausübte. Die Betriebsratsarbeit bot ihr eine hervorragende Gelegenheit, die soziale Situation von Frauen und Männern, die in der Bekleidungsindustrie arbeiteten, zu studieren. Sie musste feststellen, dass

5 Zu Liesel Kipp-Kaule vgl. auch Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49–1957, Bonn 2003, S. 283–303.

6 Das politische Porträt: Liesel Kipp-Kaule, in: Sozialistische Rundschau Nr. 1, 1. Oktober 1951. Die folgenden Zitate beziehen sich auf diesen Artikel.

Frauen meist schlechtere Arbeitsbedingungen hatten und weniger verdienten als Männer in den gleichen Positionen. Frauen machten 50 % der Beschäftigten in der Textilindustrie aus. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen dieser meist jungen Frauen machte sie sich nun zur Hauptaufgabe.⁷ Ihre Arbeitgeber schätzten diesen Einsatz allerdings nicht sehr. Sie brachten sie viermal vor das Arbeitsgericht und wollten sie immer wieder entlassen. Aber Liesel Kipp-Kaule wurde weder entlassen noch konnte man sie davon abhalten, sich für die Rechte ihrer Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

In den wenigen Presseartikeln, die über sie vorhanden sind, wird immer wieder ihr großer Hunger nach Wissen und Bildung hervorgehoben. Das „harte Selbststudium“⁸, mit dem sie sich das Rüstzeug erwarb, um in der Männerwelt nicht nur mitreden sondern sogar Positionen einnehmen zu können, wurde bewundert, wenn von Liesel Kipp-Kaule die Rede war. „Nach der täglichen Arbeit als Näherin in der Wäschefabrik, nach dem anstrengenden Arbeitstag in der Herrenkleiderfabrik“ habe sie jede Bildungsmöglichkeit ergriffen und jede freie Minute genutzt, um zu lernen und zu lesen.⁹ Kein Wunder, dass über ihr „Privatleben“ kaum Anhaltspunkte zu finden sind. Begeistert war sie von einem Kursus der Staatlichen Volkshochschule in Tinz bei Gera, an dem sie 1932 teilnahm. Sie studierte dort Wirtschaftslehre, Geschichte und Politikwissenschaften und lernte so den Wohlfahrtsstaat der Weimarer Republik und die Politik der Gewerkschaften verstehen. Sie absolvierte den sechsmonatigen Kurs, weil sie hoffte, ihr hauptsächlich im Selbststudium erworbenes Wissen sortieren, vertiefen und gemeinsam mit Gesinnungsgenossinnen weiterentwickeln zu können. Einen beruflichen Vorteil erhoffte sie sich davon nicht. Als sie aus Tinz zurückgekehrt war, ging sie an ihren Arbeitsplatz als Hemdennäherin in einer Bielefelder Fabrik zurück und blieb dort weitere sieben Jahre.¹⁰

„Sie verwarnten die junge Arbeiterin und ließen sie gehen.“¹¹ Im Schatten des Hakenkreuzes (1933–1945)

1933, nach Hitlers Machtübernahme, musste sie die Betriebsratsstätigkeit und die Gewerkschaftsarbeit aufgeben. Sie arbeitete nun im Verborgenen und bereitete sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen auf die Zeit vor, in der die Nationalsozialisten nicht mehr an der Macht waren. Zwischen 1935 und 1940 lernte sie in ihrer freien Zeit an einer privaten Handelshochschule in Bielefeld in Abendkursen Buchführung, Maschinenschreiben, Kurzschrift und erwarb andere kaufmännische Qualifikationen. Sie finanzierte die Kurse mit ihrem

7 Kipp-Kaule of Bielefeld, in: British Zone Review 12 (1946).

8 Liesel Kipp-Kaule, in: Freie Presse, 28. August 1965.

9 Liesel Kipp-Kaule 50 Jahre, in: Welt der Arbeit, 10. Februar 1956.

10 Kipp-Kaule of Bielefeld, in: British Zone Review 12 (1946). Für diese Zeit gibt es unterschiedliche Informationen. Aus einem Lebenslauf, den der ehemalige Geschäftsführer der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB), Bielefeld, übergab, geht hervor, dass sie zwischen 1933 und 1935 als Angestellte im Weserthal-Elektrizitätswerk arbeitete und erst 1935 bis 1940 wieder in der Wäscheindustrie in Bielefeld.

11 Ebd.

geringen Fabrikarbeiterinnenlohn und erwarb sich ein Wissen, das mit dem der „vielen Theoretiker der Wirtschaft“¹² zumindest mithalten konnte. Freilich blieb ihre politische Arbeit während der Zeit des Nationalsozialismus den Machthabern nicht völlig verborgen. Im Frühsommer 1940 wurde sie von der Gestapo vorgeladen. Offenbar war sie denunziert worden. Ihr wurde vorgeworfen, sie habe die Meinung geäußert, dass Deutschland den durch Hitler und seine Komplizen angestifteten Krieg verlieren werde. Aber sie hatte Glück. An dem Tag, als sie zur Gestapo musste, wurde die Kapitulation Frankreichs verkündet. Es war nicht überraschend, dass diejenigen, die sie vorgeladen hatten, zwar mit Verachtung auf das Vergehen der kleinen Maschinenarbeiterin reagierten, im Übrigen jedoch der Meinung waren, die Fakten würden nun für sich selbst sprechen. Schließlich, so dachten Hitlers Gehilfen, war der Krieg nahezu gewonnen. Und in der herrlichen Zeit, die nun für das siegreiche Deutschland beginnen werde, würden Menschen wie „Fräulein Kipp-Kaule“ und andere, die so dachten wie sie, sicher bald glühende Befürworter des Führers werden, der ihnen schließlich die glücklichen Zeiten beschert hatte. Sollte dieser Sinneswandel nicht eintreten, so nahmen sie an, würden Zweifler wie Liesel Kipp-Kaule zu Subjekten öffentlicher Lächerlichkeit werden. Die junge Arbeiterin wurde lediglich verwahrt und durfte gehen.¹³

Obwohl sie der unmittelbaren Gefahr entkommen war, wusste sie nun, dass sie von den Nationalsozialisten beobachtet wurde. Ihre Freunde rieten ihr, die Fabrik, in der sie arbeitete, zu verlassen. Sie wechselte in das Büro der Karlsruher Filiale einer anderen Bielefelder Textilfirma und später in eine neu eröffnete Filiale nach Offenbach.¹⁴ Hier bekam sie eine merkliche Lohnerrhöhung und verließ die Fabrik im Sommer 1944 mit einem hervorragenden Zeugnis. Das Kriegsende erlebte sie bei ihren Pflegeeltern in Herford, wohin sie sich wegen einer Krankheit zurückgezogen hatte.

„Betrachtet Hausgehilfinnen nicht wie Menschen zweiter Klasse“¹⁵ Wiederaufbau (1945–1949)

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bekam Liesel Kipp-Kaule von der Britischen Besatzung in der Stadtverwaltung in Herford eine Arbeit zugewiesen. Anschließend sortierte sie bis Anfang des Jahres 1946 bei der englischen Post Briefe. Gleichzeitig beteiligte sie sich am Wiederaufbau der damaligen Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder in Bielefeld. Von März 1946 bis April 1947 war sie Gewerkschaftssekretärin und Frauenvertreterin der Industriegewerkschaft Bekleidung für die Britische Zone. Sie gehörte von 1946 bis 1949 dem

12 Das politische Porträt, Liesel Kipp-Kaule, in: Sozialistische Rundschau Nr. 1, 1. Oktober 1951.

13 Kipp-Kaule of Bielefeld, in: British Zone Review 12 (1946).

14 Ebd. Im Lebenslauf steht, sie sei durch Vermittlung von Freunden in Karlsruhe und Offenbach im Metallbereich tätig gewesen. Aus einem anderen Bericht geht hervor, sie habe mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten Bielefeld verlassen und untertauchen müssen. Vgl. Liesel Kipp-Kaule statt Turnvater Jahn, in: Stadt Blatt, 3. März 1994.

15 Liesel Kipp-Kaule: Hauswirtschaftliches Lehr- oder Anlernverhältnis, in: Genossin (1948), Nr. 7, S. 92–94, hier S. 94.

geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung für die britische Zone an.¹⁶ Ab 1. Mai 1947 wurde sie Sachbearbeiterin für Frauen- und Jugendfragen der Industriegewerkschaft Textil, ebenfalls für die britische Zone.¹⁷

Gewerkschaftssekretärin zu sein, bedeutete im Jahre 1946, Hunger und Entbehrungen ebenso auf sich zu nehmen wie lange Fahrten in überfüllten Zügen oder Güterwagen, um von einer Versammlung zur anderen zu gelangen. Es bedeutete auch, um jedes Stück Papier und jeden Bleistift kämpfen zu müssen, denn die Ressourcen waren knapp. Trotz der schrecklichen Not gelang es Liesel Kipp-Kaule, müde und misstrauisch gewordene Menschen, die sich resigniert zurückziehen wollten, aufzurütteln und für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen.¹⁸ Sie war verantwortlich für die Organisation der ersten gewerkschaftlichen Frauenarbeitstagung der britischen Zone, die vom 20. bis 22. November 1946 mit über 30 Delegierten in der Bundesschule „Das Bunte Haus“ in Sennestadt bei Bielefeld stattfand.¹⁹ Während der Konferenz wurden die Grundlagen für die Neuorganisation der gewerkschaftlichen Frauenarbeit auf Zonenebene nach 1945 gelegt. Mit großem Enthusiasmus verabschiedeten die anwesenden Gewerkschafterinnen Resolutionen, die zum Inhalt hatten, dass Frauen bei Entlassungen ihren männlichen Kollegen gegenüber nicht benachteiligt werden dürften, dass sie gleichen Lohn bekommen sollten und dass Frauen, die über 20 Jahre alt sind, Kurzausbildungen machen könnten, um sich bei einem Lohn von 75 % des „Normallohnes“ für Berufe zu qualifizieren, die sie während des Krieges übernommen hatten. „Es gibt eine bedeutungsvolle Reihe von Frauen in der ganzen Welt, die den Männern ebenbürtig, verantwortliche Arbeit leisten (...) Wenn eine Frau die gleiche Arbeit und Leistung vollbringt wie der Mann, dann muss ihr auch der gleiche Lohn zugebilligt werden“, schrieb Liesel Kipp-Kaule unmissverständlich in einem Bericht über diese Konferenz.²⁰

Sie wurde in den neu gegründeten neunköpfigen gewerkschaftlichen Frauenausschuss für die britische Zone und am 9./10. Januar 1947 während seiner konstituierenden Sitzung im „Bunten Haus“ zur ersten Vorsitzenden gewählt.²¹ Inhaltlich beschäftigte sich der Ausschuss vor allem mit praktischen Fragen der Frauenarbeit, wie z. B. den Umschulungsmöglichkeiten von Frauen, Lohnfragen, der Zusammenarbeit mit den Gewerbeaufsichtsamtern, der

16 Vgl. Liesel Kipp-Kaule 50 Jahre, in: Welt der Arbeit, 19. Februar 1956. Dort ist zu lesen, dass sie 1946 ihre „gute Position“ als kaufmännische Angestellte aufgegeben hatte, um Gewerkschaftssekretärin zu werden.

17 Lebenslauf, in: Kipp-Kaule of Bielefeld, in: British Zone Review 12 (1946). Später hieß die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB).

18 Ebd.

19 Zur Geschichte des Bunten Hauses vgl. Karl Lauschke: Ein Ort gewerkschaftlicher Bildung. 75 Jahre Buntes Haus, hrsg. v. der Gewerkschaft ÖTV, Bezirk NRW II, Bochum 2000.

20 Liesel Kipp-Kaule: Notwendige Gewerkschafts-Arbeit. Gedanken zur 1. Frauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bielefeld, Zeitungsausschnitt ohne nähere Angaben, abgedruckt in: Volkshochschule der Stadt Bielefeld (Hrsg.): „Wir haben uns so durchgeschlagen ...“, Frauen im Bielefelder Nachkriegsalltag 1945–1950, Bielefeld 1992.

21 Protokoll der Zonenfrauenausschusssitzung vom 9./10. Januar 1947, in: DGB-Archiv im AdSD, Nr. 35/141.

Mitarbeit der Frauen in den Betriebsvertretungen sowie mit der Hausangestelltenfrage.²² Auf dem Gründungskongress des DGB für die britische Zone, der vom 22. bis 25. April 1947 in Bielefeld stattfand, wurde Liesel Kipp-Kaule mit Stimmenmehrheit als ehrenamtliche Beisitzerin in den DGB-Bundesvorstand gewählt. Sie bekam 343 Stimmen. Da nur neun Frauen unter den 373 Delegierten waren, muss sie viele Männerstimmen bekommen haben. Sie war nun die einzige Frau im zwölf-köpfigen Gremium des Bundesvorstandes. Von der Konferenzleitung war darauf gedrungen worden, dass eine Frau in den Bundesvorstand kommen sollte.²³ Deshalb wurde sie, obwohl sie eigentlich ein ganz ‚normales‘ Vorstandsmitglied war, fortan als „Vertreterin der Frauen“ bezeichnet. Damit erfüllte sie gewiss auch eine Alibifunktion.²⁴

Als Mitglied des DGB-Bundesvorstandes reiste sie nun zu Gewerkschafts-, Betriebs- und Frauenversammlungen und hielt viele Reden, nicht nur um Frauen aufzuklären, auch um sie für die gewerkschaftliche Arbeit zu aktivieren. Ergebnis einer ihrer Veranstaltungen war es, dass der Vorstand des DGB-Ortsausschusses Hamburg ersucht wurde, „sich einzusetzen, dass die Worte ‚Frauenlöhne‘ in den Tarifverträgen nicht mehr in Erscheinung treten (...)“.²⁵ Ihr ging es freilich nicht nur um die Worte.

In einem Artikel positionierte sie sich nun eindeutig gegen das Abdrängen von „jungen schulentlassenen Mädchen“ in ein- bis zweijährige Haushaltslehrverhältnisse oder hauswirtschaftliche Anlernverhältnisse. Sie verwies darauf, dass bereits nach dem Ersten Weltkrieg versucht worden war, den „Engpass Arbeitsstelle“ oder den „Anfall von überschüssigen Arbeitskräften“ so zu überbrücken. Hinter der erneuten Forderung nach hauswirtschaftlichen Lehr- und Anlernverhältnissen vermutete Liesel Kipp-Kaule eine Neuauflage des hauswirtschaftlichen Pflichtjahres, wie es die Nationalsozialisten eingeführt hatten. Mit scharfen Worten wandte sie sich gegen „gewisse Kreise“, die sich diese Einrichtung bereits während der NS-Zeit zunutze gemacht hätten und heute wieder „das stärkste Interesse daran haben“, ein obligatorisches hauswirtschaftliches Anlernverhältnis einzuführen. Als Gewerkschafterin forderte sie Lehrzeiten für hauswirtschaftliche bzw. soziale Berufe. Das waren beispielsweise Fürsorgerinnen, Krankenpflegerinnen, Anstaltsleiterinnen, und Haushaltsleitung in gewerblichen und landwirtschaftlichen Großbetrieben. Für deren Ausbildung kämen staatliche Haushaltsschulen und Fachschulen mit dazu geeigneten und ausgebildeten Lehrkräften in Frage. Ausdrücklich verwies sie darauf, dass man Arbeitsstellen und Lehrverhältnisse nicht dadurch schaffen könne, dass man Anlernverhältnisse konstruiere und auch nicht

22 Mit den anderen Gewerkschafterinnen lehnte Kipp-Kaule die Einführung einer Lehre im privaten Haushalt sowie ein hauswirtschaftliches Pflichtjahr ab und forderte die Schaffung von Arbeitsverträgen auch für die Hausangestellten auf der Grundlage von Tarifverträgen. Vgl. Protokoll der Frauennarbeitsstagung vom 20. bis 22. November 1946, in: DGB-Archiv im AdSD, Nr. 35/141.

23 Protokoll Gründungskongress DGB britische Zone 1947, S. 96.

24 Knoblich: Gewerkschafterinnen, S. 83.

25 Petra Müller: Uns wurde nichts geschenkt!, in: IG Metall Verwaltungsstelle Hamburg (Hg.): „Wartet nicht auf andere, packt jetzt selbst mit an“, Hamburg 1995, S. 171–186, hier S. 174.

dadurch, dass man sich den lang gehegten Wunschtraum, sich bedienen zu lassen, erfüllen wolle.²⁶ Hausgehilfinnen dürften nicht „wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden“.²⁷

„Eine Kollegin, auf die man sich verlassen kann“²⁸

Bald wurde Liesel Kipp-Kaule eine bekannte Gewerkschaftsfunktionärin. Zeitgenössischen Berichten zufolge hatte sie wohl auch deshalb so viel Erfolg, weil sie „erstens eine gute Gewerkschafterin und nur zweitens eine Feministin“ war.²⁹ Ihr wurde zugute gehalten, dass sie nicht nur für die Interessen der Frauen kämpfen, sondern ebenso ihren Part im gemeinsamen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer spielen wollte.

Fast aktuell klingt ihr Referat, das sie Mitte des Jahres 1947 anlässlich eines Frauenschulungskurses über „[d]ie Aufgaben der Frau in der Gewerkschaft“ hielt: „Sehr oft erhält die Frau auch heute noch weniger Lohn als der Mann bei gleichgelagerter und gleichgerichteter Arbeitsleistung. Dieser sozialen Ungerechtigkeit, die ein Überbleibsel aus den ersten Tagen der Industrialisierung darstellt, gilt der Kampf der Gewerkschaft. Die Gewerkschaft fordert in dieser Frage die Verwirklichung des Prinzips, Gleicher Lohn für gleiche Leistung‘ und stellt es als tarifpolitischen Grundsatz auf.“³⁰ Auf der ersten Zonenfrauenkonferenz, die vom 28. bis 30. Oktober 1947 im „Bunten Haus“ stattfand, wurde ein neuer Frauenausschuss des DGB für die britische Zone gewählt. Bei seiner ersten Sitzung am 12. Februar 1948 wurde Liesel Kipp-Kaule einstimmig zur ersten Vorsitzenden gewählt. Der Ausschuss befasste sich mit der innergewerkschaftlichen Frauenarbeit, wie z. B. Frauenschulungskursen ebenso wie mit den Gesetzen, die erwerbstätige Frauen betrafen, wie z. B. Nachtarbeitsverbot, Mutterschutzgesetz und bezahlter Hausarbeitstag.³¹

Bald schon wurde Liesel Kipp-Kaule auch in der SPD aktiv. Sie brachte ihre Erfahrungen als Gewerkschafterin in die Parteiarbeit ein. Zwischen 1947 und 1949 war sie Mitglied des zentralen Ausschusses der SPD für Betriebs- und Gewerkschaftsfragen.

Im April 1949 wurde Liesel Kipp-Kaule auf dem trizonalen Vereinigungskongress der Gewerkschaften in Bad Salzuflen in den Geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder für die gesamten Westzonen gewählt. Sie wurde Leiterin der Abteilung Frauen und setzte sich vor allem für die Frauen- und Jugendarbeit ein. 1963 schied sie aus den Diensten der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, wie sie nun hieß, aus. Zahlreiche Ehrenämter behielt sie jedoch bei. Später wurde ihr nachgesagt, sie sei immer dabei gewesen, wenn die Arbeiterbewegung in Aktion getreten sei und gerade in Konfliktsituati-

26 Kipp-Kaule: Hauswirtschaftliches Lehr- und Anlernverhältnis, S. 94.

27 Ebd.

28 Vgl. den Brief der Leiterin des SPD-Frauenbüros, Herta Gotthelf, vom 17. September 1949 an die Bezirkssekretariate, in: AdsD, Sammlung Personalia Liesel Kipp-Kaule.

29 Kipp-Kaule of Bielefeld, in: British Zone Review 12 (1946).

30 Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone. Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschafts-Bundes (britische Besatzungszone) 1947–1949, Köln o. J., S. 482.

31 Vgl. Protokolle der Zonenfrauenausschusssitzungen, in: DGB-Archiv im AdsD, Nr. 11/60, 11/434, 24/4398 und 35/141.

onen seien ihre ausgleichenden Worte und ihre überlegten Handlungsstrategien oft hilfreich gewesen.

Dennoch erlebte sie auch Niederlagen. Zunächst war nicht damit zu rechnen, dass beim DGB-Gründungskongress, der vom 12. bis 14. Oktober 1949 in München stattfand, Liesel Kipp-Kaule nicht die erforderlichen Stimmen als hauptamtliches Vorstandsmitglied bekommen könnte. Der Vorschlag, die Gewerkschafterin und SPD-Genossin zu wählen, war in der Vorbereitung des Kongresses einstimmig von den in der Frauenarbeit tätigen Gewerkschaftsfrauen, egal ob sie der SPD oder der CDU angehörten, abgesprochen worden. Margarete Traeder und Thea Harmuth, die beide der CDU angehörten, sollten in den erweiterten Ausschuss gewählt werden.³² Die Leiterin des SPD-Frauenbüros, Herta Gotthelf, sah allerdings bereits im Vorfeld die Gefahr, dass die CDU-Gewerkschafter versuchen würden, eine CDU-Frau wählen zu lassen, oder dass man den Frauenvorschlag für den Bundesvorstand ganz unter den Tisch fallen lassen könnte. Sie forderte die SPD-Bezirkssekretariate vorsichtshalber auf, alle Genossinnen und Genossen, von denen bekannt sei, dass sie als Delegierte zu dem Kongress führen, davon zu unterrichten, dass das SPD-Frauenbüro hinter den genannten Vorschlägen stehe und großen Wert darauf lege, dass diese drei Frauen auch gewählt würden. Für die politische Frauenarbeit der SPD sei es wichtig, dass eine Genossin wie Liesel Kipp-Kaule, „auf die man sich wirklich verlassen kann und der die Frauenarbeit am Herzen liegt“, auf einen solchen Vorstandsplatz komme.³³ Marta Sieger vom Freien Gewerkschaftsbund Hessen wies in ihrer Rede beim ersten Bundeskongress darauf hin, dass es den Frauen zugestanden worden sei, „eine Frau in den Bundesvorstand schicken zu dürfen“.³⁴ Sie plädierte dafür, dass Liesel Kipp-Kaule in den geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB gewählt würde, da sie schließlich der Gewerkschaft angehöre, die die meisten Frauen organisiere. Zudem begründete sie die Kandidatur damit, dass Liesel Kipp-Kaule bereits vor 1933 in der Gewerkschaftsbewegung wichtige Erfahrungen gesammelt habe, an denen sie ansetzen könnte. Sie appellierte an die Männer, dem Wahlvorschlag der Frauen zu folgen, und wies darauf hin, „dass wir Frauen am besten wissen müssen, wer uns hilft, weiter zu wachsen und zu lernen – auf dass alle Frauen eines Tages einmal selbständig entscheiden und neben den Männern gleichberechtigt stehen können“.³⁵ Ihr Plädoyer und auch die nachfolgenden Reden von Josefine Halein, Gewerkschaft HBV, und Anita Winkelmann, DGB der Britischen Zone, die in die gleiche Richtung gingen, nützten nichts. Der mächtigere Hans Böckler, Vorsitzender des DGB für die Britische Zone, setzte sich mit seinem Vorschlag durch, Thea Harmuth zu wählen, die aus den Christlichen Gewerkschaften kam.³⁶

32 Brief Gotthelf an die Bezirkssekretariate.

33 Ebd.

34 Siehe Protokoll v. DGB-Bundeskongress 1949, S. 235.

35 Ebd., S. 237. Vgl. hierzu auch Karin Derichs-Kunstmann: Frauen in der Männergewerkschaft. Die Geschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Nachkriegszeit unter dem Gesichtspunkt des Geschlechterverhältnisses, in: Deutscher Gewerkschaftsbund: „Da haben wir uns alle schrecklich geirrt ...“, S. 63–129, hier S. 96f.

36 Karl Lauschke: Hans Böckler, Bd. 2: Gewerkschaftlicher Neubeginn 1945–1951, Bochum 2005, S. 217f.

Begründet hat er dies unter anderem damit, dass Liesel Kipp-Kaule, die gerade in den ersten Deutschen Bundestag gewählt worden war, nicht voll für die Arbeit zur Verfügung stünde – eine Begründung, die für männliche Bundestagsabgeordnete nie verwendet wurde. Ausschlaggebend für seine Empfehlung dürfte daher sein, dass er, wie er in seiner Rede ebenfalls betonte, mit seinem Vorschlag noch einen anderen Zweck verfolgt hatte, nämlich „der christlichen Richtung eine etwas stärkere Position im künftigen größeren Bundesvorstand einzuräumen, als sie bis jetzt innehatte“.³⁷ Die Wahl ergab 276 Stimmen für Thea Harmuth und 197 für Liesel Kipp-Kaule.

Die Absprachen der Frauen waren umsonst gewesen. Mit der Wahl von Thea Harmuth konnten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Der Anspruch der Einbeziehung einer Frau in den Bundesvorstand wurde ebenso erfüllt wie gleichzeitig das Prinzip der Berücksichtigung der christlichen Gewerkschafter.³⁸ Die Zahl der Frauen in diesem Gremium zu erhöhen, stand überhaupt nicht zur Diskussion. Bis zum Jahr 1982 gab es immer nur eine Frau im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB; ähnlich sah es in den meisten Mitgliedsgewerkschaften noch bis in die 90er Jahre aus.³⁹ Liesel Kipp-Kaule, die zu den aktivsten Gewerkschafterinnen in der Britischen Besatzungszone gezählt wurde,⁴⁰ war, so lange sie lebte, über diesen Vorgang verärgert.⁴¹

Der gewerkschaftlichen Frauenarbeit blieb Liesel Kipp-Kaule freilich treu. Als Mitglied des Bundesfrauenausschusses des DGB war sie als Mitarbeiterin und Beraterin beliebt. Auf dem Bundeskongress ihrer Gewerkschaft GTB im Juli 1955 leitete sie die Versammlung. Das Zentralorgan des DGB, „Welt der Arbeit“, konnte nicht umhin zu kommentieren, dass sie bewiesen habe, dass „auch eine Frau“ einen Kongress klug und sicher leiten könne.⁴² Es übersah, dass 58 % der Mitglieder der GTB zu dieser Zeit Frauen waren, und dass viele durch ihr Engagement am Wiederaufbau bewiesen hatten, dass Frauen (mindestens) ebenso gute Gewerkschafter sein konnten wie Männer.

37 Der Bundesvorstand des DGB (Hg.): Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes, München 12. bis 14. Oktober 1949, Köln 1949, S. 238.

38 Siehe auch Lucie Kurlbaum-Beyer, damals Frauensekretärin des Landesbezirks Hessen im DGB und SPD-Bundestagsabgeordnete, im Interview mit der Verfasserin am 15. Juni 1999.

39 Wiebke Buchholz-Will: Wann wird aus diesem Traum Wirklichkeit? Die gewerkschaftliche Frauenarbeit in der Bundesrepublik, in: Florence Hervé: Geschichte der Deutschen Frauenbewegung, Köln 1995, S. 185–208, hier S. 188.

40 Knoblich: Gewerkschafterinnen, S. 74.

41 Bei gewerkschaftlichen Frauenveranstaltungen wird der Vorgang oft heute noch mit Missfallen erzählt.

42 Liesel Kipp-Kaule 50 Jahre, in: Welt der Arbeit, 10. Februar 1956.

**„Können wir von diesen Männern und Frauen erwarten,
dass sie Arbeitnehmerinteressen vertreten?“⁴³**
Arbeit im Bundestag (1949–1965)

Liesel Kipp-Kaule wurde über die Landesliste Nordrhein-Westfalen in den I. Deutschen Bundestag gewählt. Sie war als Gewerkschafterin „über einen Sonderstatus als Frau der Gewerkschaften“ nominiert worden.⁴⁴ Der Parteivorsitzende Kurt Schumacher hatte ihren Namen genannt, als eine Repräsentantin der berufstätigen Frauen für die zukünftige SPD-Bundestagsfraktion gesucht wurde. Sie überlegte nicht lange und stellte sich für den Wahlkampf zur Verfügung.⁴⁵ Auffallend ist, dass sie, obwohl sie so viele Ämter hatte und im geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder saß, offensichtlich als „Hausfrau“ kandidierte.⁴⁶

Zeitgenossen bezeichneten sie als kleine und energische Frau mit blauen Augen und Herrenschnitt, entschlossen in ihrer Art, ohne aggressiv zu sein.⁴⁷ Ihrem ungewöhnlichen Lebenslauf entsprach die Lebensform, die sie sich suchte: In Bielefeld lebte sie mit Martha Bölter und Gerda Grube in einer Frauenwohngemeinschaft. Sie hatte einen Pflegesohn, Erwin Hofmeister,⁴⁸ und wenn sie sich in Bonn aufhielt, wohnte sie mit der Gewerkschaftskollegin Clara Döhning und mit Emmy Meyer-Laule, der Tochter eines Großbauern, gemeinsam in einer Wohnung, in der sie von der älteren Vermieterin liebevoll umsorgt wurde.⁴⁹

In ihre Arbeit im Bundestag brachte sie einen reichhaltigen Erfahrungsschatz aus ihrer beruflichen und gewerkschaftspolitischen Arbeit ein. Daneben vertrat sie weiter die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in vielen Gremien der Gewerkschaft Textil und Bekleidung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Die Nöte und Sorgen der arbeitenden Bevölkerung waren ihr schließlich vertraut, und die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz hatte sie als junges Mädchen selbst erfahren. Ihre proletarische Herkunft und die Arbeit an Maschine und Fließband hatten sie geprägt, und das hat sie offensichtlich auch nie verleugnet oder gar vergessen.

Ihre Hauptaufgabe sah die Gewerkschafterin in der Verwirklichung der Sozialstaatsgarantie und des Gleichberechtigungsgrundsatzes im Grundgesetz. Sie kämpfte für die Gleichberechtigung der Frauen in allen Lebensbereichen, für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit und für die Verbesserung der Erwerbsarbeitsbedingungen für Frauen. In der Jugend-

43 Arbeitnehmerfeindliche Haltung der Bundesregierung heftig kritisiert, in: Freie Presse, 23. November 1959.

44 Eilers, S. 91.

45 Brief von Bernhard Link, Gewerkschaftssekretär, jetzt Industriegewerkschaft Metall, an die Verfasserin, ohne Datum (April 2002).

46 DPD-Brief Inland vom 25. August 1949, AdsD, Sammlung Personalial Liesel Kipp-Kaule.

47 Kipp-Kaule of Bielefeld, in: British Zone Review 12 (1946).

48 Mitteilung Stadtarchiv Bielefeld vom 22. März 2002.

49 Siehe auch die Biographien von Clara Döhning und Emmy Meyer-Laule in: Notz: Frauen in der Mannschaft, S. 190–204 und S. 374–384.

und Sozialpolitik richtete sie ihr Hauptaugenmerk auf bessere Ausbildungsbedingungen der weiblichen Lehrlinge, die immer noch nicht die gleichen Möglichkeiten besaßen wie die männlichen. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung sah in der Bundestagsarbeit von Liesel Kipp-Kaule nicht nur eine erhebliche Erweiterung der persönlichen Einwirkungsmöglichkeiten eines herausragenden Mitglieds sondern auch einen großen Vorteil zur Durchsetzung von Gewerkschaftsinteressen im Bundestag.⁵⁰ Liesel Kipp-Kaule konnte jetzt an maßgeblicher Stelle Gesetzesvorlagen sachkundig unterstützen und deren Verabschiedung beeinflussen.

Eine ihrer hervorragenden Leistungen im Bundestag war die Durchsetzung wichtiger gewerkschaftlicher Forderungen bei der Formulierung und Verabschiedung des neuen Mutterschutzgesetzes. Es sollte das von den Alliierten wegen seiner nationalsozialistischen Zielsetzung außer Kraft gesetzte Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter vom 17. Mai 1942 ersetzen. Das nationalsozialistische Mutterschutzgesetz machte den Leistungsanspruch ausdrücklich von der Erfüllung rassistischer Kriterien abhängig.⁵¹ Es zielte darauf ab, die rassistische und bevölkerungspolitische Programmatik der Nationalsozialisten einzulösen und gleichzeitig Frauen für die Kriegswirtschaft als Arbeitskräfte zu mobilisieren. Im Oktober 1949 begründete Liesel Kipp-Kaule im Bundestag den SPD-Antrag zur schnellstmöglichen Vorlage eines Gesetzes zum Schutze der Mütter, das den Bedürfnissen und Anforderungen der Zeit Rechnung tragen sollte, um die werdende Mutter und das Kind vor Gefahren an Leben und Gesundheit zu schützen.⁵² Sie berief sich dabei auf Art. 6 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“ Um die Umsetzung dieses Artikels zu gewährleisten, hielt sie ein Gesetz für notwendig, durch das in Zukunft dieser Schutz wirklich für „jede Mutter“ in vollem Umfang gewährleistet war. Das außer Kraft gesetzte Gesetz erfüllte diese Voraussetzungen nicht. Dennoch kritisierte sie die Entscheidung der Alliierten, das Gesetz, anstatt es zu verbessern, einfach auszusetzen. Ihrer Verärgerung hatte sie mit den Worten Ausdruck verliehen, „dass wohl Frauen als erste fühlen sollten, dass wir den Krieg verloren haben“.⁵³ Sie wollte, dass mit einem solchen Gesetz schwangere Frauen vor Kündigung und Entlassung geschützt und von Arbeiten, die zu hohe körperliche Anforderungen stellten, ausgenommen würden. Ihre Arbeitszeit sollte reduziert werden, vor und nach der Niederkunft sollte ihnen ein jeweils sechswöchiger Schwangerschaftsurlaub gegen volle Bezahlung gewährt werden und nach Ende des Mutterschaftsurlaubs sollte ihnen die Rückkehr auf den gleichen Arbeitsplatz garantiert werden. Stillenden Müttern sollten zusätzliche Arbeitspausen erhalten. Ausdrücklich forderte sie die Ausweitung des Geltungsbereichs auch auf die in der Hauswirtschaft, der Heimarbeit und in der Landwirtschaft tätigen Frauen. Die Bundesregierung hatte zwar

50 Liesel Kipp-Kaule feierte 85. Geburtstag, in: *Textil und Bekleidung* (1991), Nr. 3.

51 Dörte Winkler: *Frauenarbeit im „Dritten Reich“*, Hamburg 1977, S. 155 f.

52 Protokoll I. Deutscher Bundestag 1949, Drucksache Nr. 1182.

53 Liesel Kipp-Kaule für die IG Textil-Bekleidung-Leder, Hauptvorstand in der Britischen Zone, an die Schul- und Erziehungsverwaltung, Frauenfragen, Berlin, 21. Januar 1948, zit. nach Robert G. Moeller: *Geschützte Mütter. Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik*, München 1997, S. 249.

in ihrer Antwort auf diesen Antrag versprochen, „in aller kürzester Zeit“ einen Entwurf vorzulegen. Da das aber nach neunmonatelangem Warten nicht geschehen war, legte die SPD-Fraktion einen eigenen Entwurf vor. Danach sollten *alle* schwangeren Frauen, auch die Frauen, die in keinem Arbeitsverhältnis standen, in den Schutzbereich des Gesetzes einbezogen werden.

Sieht man sich den Entwurf heute an, so fällt auf, dass er nicht nur „Frauenarbeit“ weit fasste, indem er Frauen aus allen Arbeitsverhältnissen schützen wollte, sondern auch die Forderung einer für das Bundesgebiet einheitlichen Regelung für Kindertagesstätten (§ 9) enthielt, „um eine ausreichende Betreuung von Kindern erwerbstätiger Mütter sicherzustellen“. Danach sollte der Bundesarbeitsminister bestimmen können, dass die Gemeinden Kindertagesstätten errichten oder zu den Kosten der Errichtung beitragen müssen.⁵⁴ Als ein solcher Entwurf am 27. Juli 1950 vorgelegt wurde, war es Liesel Kipp-Kaule, die ihn im Bundestag begründete.⁵⁵ Sie zeigte in ihrer Rede die historische Entwicklung von Kinder- und Mutterschutz auf und verwies auf die zu allen Zeiten hohe Säuglingssterblichkeit. Sie schätzte, dass die unzulängliche Fürsorge vor und nach der Niederkunft der Frauen im Kaiserreich dazu geführt habe, dass 17 Millionen Kinder im Säuglingsalter verstorben seien, und sie verwies darauf, dass die Sozialdemokratie dies immer angeprangert habe.⁵⁶ Offensichtlich wollte sie mit diesem historischen Rückblick aufzeigen, dass der Mutterschutz keine Erfindung der Nationalsozialisten war, sondern dass sich die Nationalsozialisten eine sozialdemokratische Tradition angeeignet und diese pervertiert hatten. Sie machte darauf aufmerksam, dass Forderungen nach Säuglings- und Mutterschutz zu allen Zeiten damit abgetan worden seien, dass angeblich das Geld für die Umsetzung fehle. Sie führte das auf eine falsche Prioritätensetzung zurück, indem sie sagte: „Wenn alle Milliarden Steuern, die nicht allein von den Besitzenden, sondern auch von den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht wurden, nur dazu bestimmt waren, Maschinen und Institute zu schaffen, die dem Zweck dienen, Menschen zu töten, so war natürlich kein Geld vorhanden, wenn es sich darum drehte, Institute zu schaffen, die dem Zweck dienen sollten, Menschen am Leben zu erhalten.“ Sie erinnerte daran, dass „die besitzenden Kreise unseres Volkes“ zu jeder Zeit bereit gewesen seien, die Forderung nach staatlichen Mitteln zu unterstützen, „wenn es sich darum drehte, ihre Interessen auf den Schlachtfeldern zu vertreten.“ Sei es jedoch um die Interessen der lohnabhängigen Frauen und Mütter gegangen, so habe sich wenig Handlungsbereitschaft gefunden. Hier handele es sich eindeutig um eine „Frauenfrage“.

Die Arbeitgeber distanzieren sich in ihrem offiziellen Organ umgehend von dem Vorwurf, dass die „besitzenden Kreise“ die Frauen ausbeuten wollten statt ihnen zu helfen, und versicherten, dass es sich die „deutschen Arbeitgeber [...] eh und je zu einer Ehrenpflicht gemacht (hätten), den erwerbstätigen Frauen und Müttern ein besonderes Maß an sozialem

54 Gesetzentwurf, zit. nach: Antrag zum Mutterschutzgesetz, in: Gleichheit (1950), Nr. 9, S. 271–272, hier S. 272.

55 Protokoll I. Deutscher Bundestag, 80. Sitzung, 27. Juli 1950, Drucksache Nr. 1182, S. 2997 f.

56 Ebd.

Schutz angedeihen zu lassen.“⁵⁷ Dennoch zeigte sich bereits bei der ersten Lesung, dass die Regierungsparteien nicht gewillt waren, das durch die SPD eingebrachte Gesetz zu verabschieden. Ganz besonders wandten sie sich gegen die Einbeziehung der Hausgehilfinnen in den Mutterschutz. Sie vertraten ganz die Partei der arbeitgebenden „Hausherrinnen“, denen die finanzielle Belastung für die Einstellung von Ersatzkräften während des Mutterschutzes „ihrer“ Hausangestellten oder „ihres“ Kindermädchens nicht zugemutet werden sollte. Andererseits sollten Hausgehilfinnen jederzeit von der Herrschaft gekündigt werden können, auch wenn sie schwanger waren. Konservative Politiker scheuten sich nicht einmal zu behaupten, dass eine schwangere Haushaltshilfe die moralische Erziehung der Kinder gefährden könne und es daher besser sei, wenn „Heime der caritativen Organisationen die schutzbedürftigen Hausgehilfinnen aufnehmen“ würden. Dieses Argument war selbst den „anwendenden Medizinerinnen“ aus ihren eigenen Reihen zu viel. Sie stimmten mit der SPD für die Einbeziehung der Hausgehilfinnen.

Dass sich die SPD-Fraktion in den meisten Fragen durchsetzen konnte und 1952 – trotz einiger Kompromisse – ein ihren Vorstellungen weitgehend entsprechendes Gesetz vom Bundestag verabschiedet wurde, das nicht nur ausreichende Schutzfristen vor und nach der Geburt enthielt, sondern auch ein Verbot der Akkordarbeit für werdende Mütter, war vor allem Liesel Kipp-Kaules persönlichem Einsatz zu verdanken. „Sie wissen, dass Hunderttausende von Frauen seit zwei Jahren auf diese Stunde warten und uns allen dafür dankbar sein werden, dass es nun endlich so weit ist, dass sie nicht den willkürlichen Maßnahmen von Behörden, Krankenkassen und Arbeitgebern ausgesetzt sind“, erklärte sie kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag.⁵⁸ Martha Schanzenbach bezeichnete das Gesetz in einer Rede als „wohl unser vorbildlichstes soziales Gesetz“.⁵⁹ Das sagte sie, obwohl die Forderung, dass *alle* Frauen ein Recht auf die Leistungen des Gesetzes haben sollten, von der SPD aufgegeben worden war. Für Hausgehilfinnen und Tagesmädchen sah es eine kürzere Schonfrist vor der Niederkunft vor, als für andere Arbeitnehmerinnen. Zudem konnte die Schonfrist für Dienstmädchen durch „freiwillige Arbeitsleistung“ der Betroffenen umgangen werden. Deshalb kritisierte Liesel Kipp-Kaule fünf Jahre später – die SPD hatte gerade ein neues Frauenprogramm verabschiedet – erneut das Gesetz. Sie sah darin noch immer eine eindeutige Diskriminierung der in fremden Haushalten arbeitenden Frauen. Auch mit dem Verbot nur einiger Arten von Akkordarbeit war sie nicht mehr einverstanden, weil die entsprechende Vorschrift den Nachsatz enthielt: „wenn die durchschnittliche Arbeitsleistung die Kräfte werdender Mütter nicht übersteigt“. Gerade in der Textil- und Bekleidungsindustrie, deren Arbeitsbedingungen ihr nicht nur vertraut waren, sondern deren Produktionssteigerung innerhalb der letzten Jahre sie anhand von Zahlen nachweisen konnte, war die erwartete Arbeitsleistung erheblich gestiegen, so dass es dringend notwendig erschien, die Akkordarbeit für alle werdenden Mütter zu verbieten. Ferner

57 Der Arbeitgeber, 15. Februar 1951, S. 6.

58 Protokoll I. Deutscher Bundestag, 180. Sitzung, 12. Dezember 1951, S. 7529.

59 Martha Schanzenbach: Frauen, Mütter, Familien in der heutigen Gesellschaft, in: Protokoll zur Bundeskonferenz des DGB vom 12. bis 14. Mai 1955 in Dortmund, S. 165–204, hier S. 175.

sollte bei einer Überarbeitung des Gesetzes der Verdienstaufschlag bei Schichtarbeiterinnen geregelt und die Anpassung an die damalige Verkürzung der Arbeitszeit gewährleistet werden.⁶⁰

Aus frauenpolitischer Sicht wurde das Mutterschutzgesetz, wie alle besonderen Schutzgesetze für Frauen, immer zwiespältig diskutiert: Einerseits erhielten schwangere Frauen Schutz vor willkürlicher Behandlung durch die Arbeitgeber, und sie wurden besser in die Lage versetzt, beide Aufgaben, Mutterschaft und Beruf, zu vereinbaren. Andererseits wurden erwerbstätige Frauen per se zu besonders schutzbedürftigen Wesen erklärt, und die Probleme erwerbstätiger Frauen konnten auf die Probleme erwerbstätiger Mütter reduziert werden. Die von der SPD eingebrachten Vorschläge, das Mutterschutzgesetz möge auch für die Einrichtung von Kindertagesstätten Vorkehrungen treffen, wurden zu keinem Zeitpunkt ernsthaft diskutiert, auch nicht in den eigenen Reihen. Zu tief verwurzelt war die Ideologie der tiefgehenden Bindung des Kindes an die (eigene) Mutter, die das Primat der Hausversorgung notwendig machte. An den gelebten Realitäten, besonders der Arbeitermütter, ging dies freilich bereits damals vorbei. Dennoch standen auch Gewerkschaftsfrauen wie Liesel Kipp-Kaule nicht eindeutig zur Selbstverständlichkeit der Berufstätigkeit für Frauen. Bei der ersten Bundesfrauenkonferenz des DGB 1952 in Mainz bedauerte sie: „Die Frauen sind berufstätig, kommen abends müde nach Hause, haben für ihre Kinder kein Lächeln mehr auf den Lippen. Zu Hause wartet dann noch die Hausarbeit.“ Gleichzeitig stellte sie bei der Rede die Frage: „Wo finden wir heute noch eine echte Mutter?“⁶¹ Mit diesem Wunsch nach der „echten Mutter“ war sie nicht alleine; viele Frauen – auch berufstätige Mütter, Gewerkschafterinnen und SPD-Politikerinnen – teilten diese Zielsetzungen. Die Leitidee der „Normalfamilie“, die die Grundlage für die Familienpolitik und die Familienrechtsreform abgegeben hatte, war auch in ihren Köpfen. Die größte Unterstützung von Seiten ihrer männlichen Kollegen wurde Frauen immer dann zuteil, wenn sie sich mit ihren Forderungen auf die Verbesserungen der sozialen Leistungen für Familien, das heißt vor allem auf sichere Einkommen für die männlichen Ernährer konzentrierten.

Dennoch war Liesel Kipp-Kaule nicht gewillt, die Realitäten der Frauen zu übersehen. Viele Frauen waren berufstätig, auch wenn sie Mütter waren. Daher wurde sie nicht müde, für Chancengleichheit im Berufsleben, gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit und bessere Arbeitsbedingungen für Frauen zu kämpfen. In Rahmen einer Rede anlässlich der Zentralen Frauenkonferenz der SPD im Mai 1953 in Köln sprach sie zum Thema „Frauenerwerbsarbeit“.⁶² In einer technisierten und rationalisierten Wirtschaft mit großem Arbeitstempo und modernen Arbeitsmethoden setzte sie sich für die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche ein. Sie forderte eine qualifizierte Berufsausbildung für junge Mädchen und wandte sich gegen die Schaffung von Lehr- und Arbeitsstellen in Privathaushalten, die von konservativen Krei-

60 Liesel Kipp-Kaule: Arbeitsschutz, in: *Gleichheit* (1957), Nr. 8, S. 301–302.

61 Bundesvorstand des DGB, Hauptabteilung Frauen (Hg.): 1. Bundesfrauenkonferenz des DGB, Mainz, 27.–29. Mai 1952. Protokoll, Düsseldorf o. J., S. 185.

62 Vgl. die Ankündigung für diese Konferenz, die vom 29. bis 31. Mai 1953 in Köln stattfand: Zentrale Frauenkonferenz, in: *Gleichheit* (1953), Nr. 3, S. 77 und den Bericht: Zentrale Frauenkonferenz in Köln, in: *Gleichheit* (1953), Nr. 7, S. 217–225.

sen immer wieder als Allheilmittel gegen Erwerbslosigkeit angeboten würden.⁶³ Im Zusammenhang mit ihrem Referat wurden auf der Konferenz Anträge auf „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ sowie „gegen die Auswüchse der Rationalisierung und Technisierung“ durch mehr Mitbestimmung auf allen betrieblichen Ebenen, Verkürzung der Arbeitszeit, Ausbau von Gewerbeaufsicht und Gewerbedechnik und Anerkennung von weiteren Berufserkrankungen, die durch hochtechnisierte Arbeitsbedingungen entstehen, verabschiedet. Auch die Initiativen „Mutterschutz für alle“, also auch für diejenigen Frauen, die im fremden oder eigenen Haushalt tätig waren, „Steuerklasse II für alle über 50-jährigen Alleinstehenden“, „Abschaffung der gemeinsamen Besteuerung berufstätiger Eheleute“, „Mehr Frauen in den öffentlichen Dienst“ gingen auf ihr Referat zurück.⁶⁴

An anderer Stelle setzte sich Liesel Kipp-Kaule für die Beibehaltung des Hausarbeitstages in Nordrhein-Westfalen ein, der durch einen Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für alle Bundesländer abgeschafft werden sollte.⁶⁵ In Bezug auf den Hausarbeitstag vertrat sie klar die Meinung, dass sich die Forderung nach Gleichberechtigung und besonderen Regelungen für Frauen nicht ausschließen. Bereits bei der gewerkschaftlichen Zonenfrauenausschusssitzung am 4./5. September 1947 hatte sie damit argumentiert, dass es allein volkswirtschaftlich gesehen berechtigt sei, wenigstens einmal im Monat den Frauen mit eigenem Haushalt einen bezahlten Hausarbeitstag zu gewähren, denn ihnen falle die Aufgabe zu, die volkswirtschaftlichen Werte durch pflegliche Behandlung zu erhalten.⁶⁶ Der Hausarbeitstag kam allerdings ausschließlich erwerbstätigen *Frauen* zugute.

Andere Gewerkschafterinnen und Frauen der bürgerlichen Bewegungen kritisierten den Hausarbeitstag, weil er Frauen zu einem Sonderstatus ver helfe und ihnen daher mehr schade als nutze. Zudem zementiere er die geschlechterspezifische Arbeitsteilung und sei mit dem Verfassungsversprechen auf Gleichberechtigung nicht vereinbar.⁶⁷ Andere verwiesen darauf, dass es um den gemeinsamen Kampf von Frauen *und* Männern für kürzere Arbeitszeiten ginge.⁶⁸

63 Damals waren sich der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Industriegewerkschaft Nahrung und Genuss einig, indem sie sich gegen die hauswirtschaftliche Lehre in privaten Haushalten aussprachen. Die SPD hatte zu dieser Zeit in ihrem Aktionsprogramm für die erwerbstätige Frau die Forderung aufgestellt: „Die Sozialdemokratische Partei erstrebt auch für die Frau das Recht auf einen Arbeitsplatz und Zugang zu allen Berufen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen.“ Vgl. den Bericht: Zentrale Frauenkonferenz in Köln.

64 Ebd., S. 220 f.

65 Zur Auseinandersetzung um den Hausarbeitstag siehe Manfred Gundlach: Hausarbeitstag-Regelung in bundeseinheitlicher Sicht, Universität Münster, Diss. 1958.

66 Bericht: Zentrale Frauenkonferenz, S. 220 f.

67 Robert G. Moeller: Geschützte Mütter. Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik, München 1997, S. 251 f.

68 Zum gewerkschaftlichen Kampf um Arbeitszeitverkürzung nach den Interessen der Frauen vgl. Gisela Notz: Mehr Zeit zum Schaffen, Träumen, Kämpfen. Für eine feministische Arbeitszeitpolitik, in: Eckart Hildebrandt/Eberhard Schmidt/Hans Joachim Sperling (Hg.): Arbeit zwischen Gift und Grün. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985, S. 127–136.

Für Liesel Kipp-Kaule war die Ablehnung des Hausarbeitstages ein weiteres Indiz für die arbeitnehmerfeindliche Haltung der Bundesregierung. Als ebenso arbeitnehmerfeindlich geißelte sie die damals beabsichtigte Reform der Krankenversicherung, die „den minderbemittelten Bevölkerungsteil“ durch zusätzliche Abgaben für Arztbesuche, Krankenhausaufenthalt und Verschreibung von Medikamenten belasten sollte. Einen solchen Gesetzentwurf bezeichnete sie als unsozial. In anderen Reden äußerte sie sich zur Kohlenmisere und sprach zu den hohen Lebensmittelpreisen. Immer wieder betonte sie, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Boot säßen und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen sollten, wenn es darum gehe, das Ziel des sozialen Fortschritts zu erreichen.

Nicht selten wurde während ihrer Bundestagszeit Liesel Kipp-Kaules „gute rednerische Begabung“ gelobt.⁶⁹ Vor allem in den Ausschüssen, in denen sie tätig war, setzte sie sich unerbittlich für die „Zu-kurz-Gekommenen“ ein. Bald genoss sie den Ruf einer erfahrenen „einsatzbereiten und kenntnisreichen Frau“⁷⁰, die stets bereit war, sich für das Wohl ihrer Mitmenschen einzusetzen und die Auseinandersetzungen auf dem glatten Bonner Parkett nicht scheute. Das Einbringen offensiver gewerkschaftspolitischer Anliegen zeichnete sie gegenüber vielen ihrer Kolleginnen im Bonner Bundestag aus. Die „Sozialistische Rundschau“ jedenfalls vertrat die Meinung, dass „mehr solcher Politikerinnen der Tatkraft wie Liesel Kipp-Kaule“ gebraucht würden, um den Menschen in der Bundesrepublik zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen zu verhelfen.⁷¹ Ihr wurde bescheinigt, dass ihr als Frau der „männliche Schneid“ zu handeln nicht abgehe, sie aber auch in der Lage sei, „der schönsten dialektischen Anwendung eines ihrer Parlamentskollegen zu folgen und ihr in derbwestfälischer Art die ungekünstelte Abfuhr zu erteilen.“⁷² Hervorgehoben wurde immer, dass sie nicht nur mit „klarem Verstand“ sondern auch „mit heißem Herzen“ für ein besseres Leben der Arbeiterschaft und für ein besseres Leben des ganzen Volkes kämpfe.⁷³ Jedenfalls war sie bekannt dafür, dass sie in der Lage war, politisch-theoretische Thesen auf ihre praktische Anwendbarkeit hin zu überprüfen und sie erst dann in die politische Debatte einzubringen. Schließlich habe sie „aus der Praxis des Lebens in härtester Zeit“ gelernt.⁷⁴ Und sie sei in der Lage, die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge aufzudecken und sie den Menschen nahe zu bringen.⁷⁵

Immer wieder kritisierte die Gewerkschaftsvertreterin, dass der Bundestag von Arbeitgebervertretern beherrscht war. Angesichts der konservativen Regierungsmehrheit überraschte sie das nicht, und sie stellte die Frage: „Können wir von diesen Männern und Frauen erwarten, dass sie Arbeitnehmerinteressen vertreten?“⁷⁶ Bis 1965 blieb sie Mitglied des „Hohen

69 Art. Liesel Kipp-Kaule, 28. August 1965, AdsD, Sammlung Personalialia Liesel Kipp-Kaule.

70 Liesel Kipp-Kaule, Bielefeld, in: Freie Presse Bielefeld, 28. August 1965, AdsD, Sammlung Personalialia.

71 Das politische Porträt: Liesel Kipp-Kaule, in: Sozialistische Rundschau, Bezirk Ostwestfalen-Lippe, 1. Oktober 1951.

72 Leider wird nicht deutlich, um welche inhaltliche Auseinandersetzung es sich handelte. Siehe ebd.

73 Liesel Kipp-Kaule 50 Jahre, in: Welt der Arbeit, 10. Februar 1956.

74 Ebd.

75 Ebd.

76 Brief von Bernd Link, jetzt IG Metall, an Gisela Notz.

Hauses“, dann kandidierte die „Tochter des Volkes, die sich mühte, aus ihrer Funktion heraus etwas für die sogenannten kleinen Leute zu erreichen“,⁷⁷ nicht mehr für den Bundestag. Sie war nun 60 Jahre alt, hatte vier Legislaturperioden im Bundestag zugebracht und wollte nun jüngeren Menschen Platz machen.

Am 10. Juli 1992 ist Liesel Kipp-Kaule im Alter von 86 Jahren gestorben. Vier Tage später fand die Trauerfeier für die Einäscherung in der Alten Kapelle auf dem Senne-Friedhof in Bielefeld statt. „Sie hat sich in unserer Fraktion besonders in der Jugend- und Sozialpolitik und für die Gleichberechtigung der Frau eingesetzt“, heißt es im Nachruf der SPD.⁷⁸ Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) hob ihr großes Engagement und ihren Erfolg im Einsatz für die arbeitenden Menschen – insbesondere für die berufstätigen Frauen – hervor.⁷⁹

77 Ebd.

78 Brief von Gudrun Weyel, MdB, vom 3. September 1992 an Herrn Hans-Ulrich Klose, MdB, für die Fraktionssitzung am Montag, 7. September 1992, in: ebd.

79 Todesanzeige, in: Neue Westfälische Zeitung, 11. Juli 1992.